

# Pulsnitzer Tageblatt

Druckerei 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— **Erscheint an jedem Werktag** —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten — hat der Bezugsnehmer  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Masse's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Umtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz  
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörnberg, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von C. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 62

Dienstag, den 15. März 1927

79. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

### Öeffentliche Mahnung

Borauszahlung auf die Umsatzsteuer für den Monat Februar 1927 betr.

Am 10. März 1927 war die Umsatzsteuervorauszahlung der Monatszahler für  
den Monat Februar 1927 fällig.

Wer die geschuldete Vorauszahlung bis heute noch nicht abgeführt hat, wird hier-  
mit auf Grund von § 314 der Reichsabgabenordnung aufgefordert, den Rückstand nebst den  
ab 10. 3. 27 aufgelaufenen Verzugszinsen (10 v. H. jährlich) bis zum 22. März 1927  
an die Finanzkasse zu zahlen. Eine besondere schriftliche Mahnung erfolgt nicht, vielmehr  
wird nach Ablauf dieser Frist mit der zwangsweisen Einziehung der Rückstände einschließ-  
lich der aufgelaufenen Verzugszinsen begonnen.

Kamenz, den 15. März 1927.

Finanzamt

Mittwoch, den 16. März 1927, vorm. 11 Uhr  
sollen in Pulsnitz im Rest. zum „Bürgergarten“ zwangsweise gegen Barzahlung  
3 Paar Stiefel, 30 Pfund Tabak und 1200 Stück Zigarren  
meistbietend öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz.

Die diesjährige

### Entlassungsfeier in der Volksschule

findet nächsten Freitag 7 Uhr abends in der Turnhalle statt. Die Eltern der Abge-  
henden, die Freunde der Jugend und der Schule werden hierdurch zur Teilnahme herzlich eingeladen  
15. März 1927.

Die Schulleitung

### Das Wichtigste

Dr. Stresemann erstattete dem Reichspräsidenten Bericht über die  
Genfer Tagung.

Das Saargebiet ist enttäuscht über das Ergebnis von Genf.  
In Genf begannen die Beratungen über die Verhütung von Kriegen.  
Auf einer der obersteilischen Erben von Gleiches Erben ver-  
unglückten 6 Bergleute bei einer Brandkatastrophe.

Die Leipziger Viehmarkenhandlertage wird vom 14. bis 18. März  
im Künstlerhaus abgehalten. Die Besichtigung der Messe ist so  
reichlich, daß alle Räume des Künstlerhauses belegt sind.

Nach Meldungen aus Leningrad wütete auf der Station Swanka  
der Murman Bahn zwei Tage lang ein Brand, dem 6 Werk-  
stätten und 46 Güterwagen zum Opfer gefallen sind. Auch  
Menschenleben sind zu beklagen.

Reichspräsident Löbe wird am heutigen Dienstag die Klinik  
verlassen und in seine Wohnung zurückkehren. Sein Befinden  
ist nach wie vor gut; doch wird er einen längeren Erholungs-  
urlaub antreten müssen.

Wie die Telegraphen Union erzählt, wird heute nachmittag das  
Reichskabinet unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zur  
Besprechung der gesamten außenpolitischen Lage zusammentreten.

Am 23. April beginnt die fällige Sitzungsperiode der preußischen  
Generalynode. Man rechnet damit, daß der Kirchenrat die  
Einführung der Titel Bischof für Generalsuperintendent und  
Dekan für Superintendent beantragen wird.

Ohne besondere Feierlichkeiten wurde am Sonntag die zwölfte  
Wiener Messe eröffnet. Die Messe war am Sonntag gut be-  
sucht, auch Abschlüsse sind bereits zu verzeichnen.

Wie die Regierungspresse meldet, wird die Dienstzeit der Reserve-  
offiziersanwärter in der Türkei, die bisher neun Monate be-  
tragen hat, auf 18 Monate verlängert.

Aus Moskau wird gemeldet, daß Klara Zetkin in Leningrad  
schwer erkrankt ist.

### Bilanz von Genf.

Von Dr. A. Winter.

Unsere Berliner Vertretung nahm Ge-  
legenheit, auf Grund der Beendigung der  
Genfer Völkerverbundtagung die Stellung-  
nahme einzelner Parteien zu dem Genfer Er-  
gebnis kennenzulernen. Dazu wird uns fol-  
gendes geschrieben:

Die deutsche Delegation mit dem deutschen Außenminister  
an der Spitze ist bereits wieder in Berlin. Der Außen-  
minister hat sofort dem Reichspräsidenten sowohl wie dem  
Reichstanzler Bericht erstattet. Anschließend folgen dann  
Ratsbesprechungen und am Mittwoch eine Aussprache im  
Auswärtigen Ausschuss des Reichstages.

Endgültig können wir noch nicht sagen, was alles in  
Genf besprochen worden ist, weil sich auch dieses Mal wiederum  
diese Dinge hinter den Kulissen abgepielt haben. Man muß  
aber deutscherseits heute schon wieder auf das eine hin-  
weisen, daß uns die Entente in früheren Zeiten schon oft  
schöne Worte mit auf den Weg gegeben hat, die sich aber  
leider dann immer nicht erfüllten. Auch in volksparteilichen  
Kreisen ist man mißtrauisch geworden. Der volksparteiliche  
Abgeordnete Freiherr von Heineken, der dem Kreis  
um den Reichsaußenminister sehr nahe steht, hat in einer  
Tagung, die kürzlich in Bielefeld stattfand, das Wort ge-  
nommen und sich dahin geäußert, daß wir um die so-  
genannten Rückwirkungen des Locarno-Vertrages betrogen  
worden seien. Auch wenn der Reichsaußenminister nach der  
bismarckigen Genfer Auseinandersetzung vor den Reichstag  
treten und von Unterhandlungen sprechen sollte, die zwischen  
ihm und den Entente-Staatsmännern stattgefunden haben,  
so sind solche Ausführungen nur kritisch zu bewerten. Wir  
können uns lediglich an das Positive halten. Auch hier liegt

## Dr. Stresemann erstattet Bericht

Vortrag beim Reichspräsidenten — Donnerstag und Freitag große Aussprache im Reichstag  
Der Reichswirtschaftsminister über Wirtschaftsprobleme

4 Berlin. Außenminister Dr. Stresemann ist mit einem  
Teil der deutschen Delegation, darunter dem Staatssekretär  
von Schubert und Ministerialdirektor Gaus, am Mon-  
tagnachmittag in Berlin wieder eingetroffen. Der Außen-  
minister erstattete zunächst dem Reichspräsidenten Bericht.  
Das Reichskabinet trat am Dienstagvormittag zusammen,  
um sich mit dem Ergebnis der Genfer Ratstagung zu be-  
schäftigen. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an,  
daß am Mittwoch der Auswärtige Ausschuss des Reichstages  
einberufen wird und daß am Donnerstag und Frei-  
tag im Zusammenhang mit der Beratung des Etats des  
Auswärtigen Amtes die große Aussprache im Ple-  
num des Reichstages stattfindet, da der Außenminister  
in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Deutschen Volks-  
partei am Sonnabend an der Jubiläumsfeier der alten Na-  
tionalliberalen Partei in Hannover teilnehmen muß.

Die politische Aussprache im Kabinet, im Auswärtigen  
Ausschuss und im Plenum des Reichstages und die Verhand-  
lungen, die sich auch im Interfraktionellen Ausschuss der  
Regierungsparteien stattfinden, werden sich vor allem um  
die Frage drehen, ob es richtig war, daß der deutsche Außen-  
minister, ohne besondere Instruktionen vom Kabi-  
nelt in Berlin einzuholen, auf eigene Hand in der  
Ratstagung ein Kompromiß in der Saarfrage angeboten hat.  
Die übrigen politischen Fragen werden hinter diesem Pro-  
blem wahrscheinlich erheblich zurücktreten; denn die Rats-  
tagung in Genf hat zwar die Ankündigung gebracht, daß  
Deutschland auf Grund des Artikels 431 etwa Mitte Mai  
die vorzeitige Räumung der besetzten Gebiete fordern wird,  
im übrigen aber im Zeichen starker Zurückhaltung aller  
Außenminister gegenüber den großen weltpolitischen Fragen  
gestanden.

Man erwartet in allen politischen Kreisen, daß Dr.  
Stresemann einen Bericht über die Gründe er-  
statten wird, die ihn persönlich zu dem Saar-Kompromiß ver-  
anlaßt haben. Welche innerpolitischen Folgen sich  
aus einem offenbar doch bestehenden Gegensatz zwischen dem  
Außenminister und einem Teil der Koalitionsparteien er-  
geben, läßt sich noch nicht übersehen.

### Enttäuschung im Saargebiet über Genf.

4 Saarbrücken. Die Genfer Entscheidung in der Saar-  
frage hat im Saargebiet bittere Enttäuschung her-  
vorgeufen. Alle Parteien sind sich darin einig, daß die  
Entscheidung des Rates einen Sieg für Frankreich  
und eine schwere Niederlage für die deutschen Interessen im

heute schon von volksparteilicher Seite eine schwerwiegende  
Aussprache vor. Die der Partei Dr. Stresemanns nahe-  
stehende „Tägliche Rundschau“ schreibt in ihrem Leitartikel,  
„es sei schwer, nach dem ehrlichen Bestreben Deutschlands,  
dem Frieden zu dienen, das Verhalten der Gegenseite nicht  
mit Unmut zu betrachten.“

In Genf sind vor allem zwei für Deutschland wichtige  
Fragen-Komplexe behandelt worden. Die Auseinander-  
setzung mit Polen über die Schulfrage und die Auseinander-  
setzung mit Frankreich über die „Bahnstrecke“ im  
Saargebiet. Für Deutschland sind beide Fragen gleich  
wichtig. Hinsichtlich des Saargebietes stehen die deutsch-  
nationalen Kreise auf dem Standpunkt, daß der Reichsaußen-  
minister von seinem ursprünglichen Vorschlag, im Saargebiet

Saargebiet bedeute. Es hat sich in der Tat nichts geändert:  
Die Regierungskommission bleibt in ihrer alten Besetzung be-  
stehen, und anstatt der Truppen wird in einem Bierzehnjahr  
der sogenannte internationale Bahnschutz seinen Einzug in  
das Saargebiet halten. Frankreich hat seine Mehr-  
heit in der Regierungskommission nach wie vor.

In einer Entschliessung, die von dem Parteitag der saar-  
ländischen Sozialisten angenommen wurde, drücken diese  
ebenfalls ihre Enttäuschung über die Verhandlungen in der  
Saarfrage durch den Völkerverbund aus. Die zum Verbleib des  
Belgiers Lambert durch Briand gegebene Begründung  
stehe im Widerspruch zu der Tatsache, daß die Bevölkerung  
bereits seit zwei Jahren dessen Abberufung fordere. Weiter  
nimmt die Resolution Stellung zu dem sogen. Bahnschutz, der  
die Beibehaltung der bisherigen französischen Besetzung im  
veränderter Masse darstelle.

### Genfer Beratungen zur Verhütung von Kriegen.

Verhandlungen unter deutschem Vorsitz.  
4 Genf. Das Komitee des Völkerverbundes  
für die Abrüstungsfragen ist in Genf unter dem  
Vorsitz des deutschen Vertreters, Ministerialdirektors Goep-  
pert, zusammentreten.

Den Verhandlungen lag ein Bericht des Dreierauschus-  
ses des Komitees vor, in dem dem Völkerverbund folgende  
praktischen Vorschläge bei drohender Kriegsgefahr gemacht  
werden:

Die sofortige Einberufung des Völkerverbundes, tele-  
graphische Aufforderung des Präsidenten des  
Rates an die beiden feindseligen Staaten zur Enthaltung  
von allen aktiven Kriegshandlungen, Zurückziehung  
der Truppen hinter eine vom Völkerverbund sofort zu  
bestimmende neutrale Zone zwischen den beiden Staaten  
sowie Entsendung von Vertretern des Völkerverbundes an  
den Ort der Feindseligkeiten. Auf dem sofort einzuberufen-  
den Völkerverbund sollen die beiden feindseligen Staa-  
ten aufgefordert werden, gegenseitig ihren Standpunkt  
darzulegen, um unter Mitwirkung des Völkerver-  
bundes zu einer Einigung zu gelangen.

Die Bedeutung dieser Tagung des Ratskomitees geht  
schon daraus hervor, daß der Tagung einige Ratsmitglieder  
selbst beiwohnen, wie z. B. Benesch, Scialoja, Titulescu, und  
ferner daraus, daß England Lord Cecil und Frankreich Paul-  
Boncour entsandt hat.

eine Bahnschutztruppe mit internationalem Charakter zu  
unterhalten, nicht hätte abweisen dürfen. Die Demokraten  
sind anderer Meinung; sie legen weniger Wert auf die Lösung  
dieser Frage als auf die des Artikels 431 des Friedensver-  
trages. Dieser Artikel behandelt die Rheinlandräumung  
überhaupt. Der Reichsaußenminister hat angekündigt, daß  
er in absehbarer Zeit eine große Aktion hinsichtlich der Rhein-  
landräumung einleiten will. Nun geben aber auch schon  
heute die Demokraten zu, daß wir wenig Aussicht auf einen  
Erfolg in dieser Frage haben werden. Deutschland ist in der  
Entwaffnung den Wünschen der Entente völlig nach-  
gekommen. Es leistet auch seine Zahlungen aus dem Dawes-  
Plan. Von gegnerischer Seite wird nun behauptet, man  
wolle erst einmal den Verlauf eines normalen Jahres des